

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (6. Jahrgang, Nr. 8, August 2012)

**Wir sind in dieser Welt eilige Gäste. Wir sind hier
bloß wie in einem Wirtshaus, wo man ein Glas
Bier trinkt und dann wieder weiter wandert,
heimwärts.**

Martin Luther

Alles nur „heiße Luft?“

Die Synode der EKD tagte vom 5. bis 9. November 2011 in Magdeburg. U.a. hat sie beschlossen: „Diakonische Unternehmen, die über privatrechtliche Konstruktionen in den Ersten Weg ausweichen wollen, müssen mit Ausschluss aus der Mitgliedschaft im Diakonischen Werk rechnen. Missstände wie Outsourcing mit Lohnsenkungen, ersetzende Leiharbeit und nicht hinnehmbare Niedriglöhne müssen zu ernsthaften Konsequenzen wie Sanktionen führen.“ Katrin Göring-Eckardt, Präses der EKD-Synode, führte hierzu im Internetauftritt der EKD vom 04.11.2011 aus: „Wir müssen noch genauer hinschauen, wie die Situation im einzelnen ist. Haben wir es mit einigen schwarzen Schafen zu tun, die Niedriglöhne durch Ausgründungen betreiben und mit denen wir entsprechend hart umzugehen haben oder werden es immer mehr? Wo werden Dumpinglöhne bezahlt? Wer sind diejenigen, die den Ruf eines ganzen Wohlfahrtsverbandes und nicht zuletzt unsere Kirche schädigen? Solche Unternehmen müssen verwarnt und, falls sich an der Situation nichts ändert, mit Sanktionen belegt werden.“ Dem gegenüber war in der taz vom 23.03.2012 unter der Überschrift „Bischof billigt Outsourcing“ zu lesen: „Bischof Gerhard Ulrich hat eingeräumt, dass die Diakonie ohne Auslagerungen von Arbeitsbereichen (Outsourcing) nicht auskommt. Kirchliche Diakonie bewege sich auf dem Markt und müsse daher den Marktgesetzen Rechnung tragen, sagte der Vorsitzende der nordelbischen Kirchenleitung am Donnerstag vor der Synode in Rendsburg. Kirche und Diakonie seien sich aber darin einig, dass durch die Einstellung von Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeitern keine sozialversicherungspflichtigen Stellen wegfallen dürften, sagte Ulrich weiter.“ Am 23.03.2012 wurde diese Aussage des Bischofs in der „Welt“ bestätigt.

DAGS wollte Genaueres vom Bischof wissen und stellte folgende Fragen: „Trifft es zu, was am 23.03.2012 unter der Überschrift „Bischof billigt Outsourcing“ in der taz und am gleichen Tag unter der Überschrift „Bischof zieht zwiespältige Bilanz“ in der „Welt“ zu lesen war? Wenn das zutrifft, von einem Dementi ist uns nichts bekannt, steht Ihre Aussage im Widerspruch zu den Aussagen und Beschlüssen der EKD-Synode vom November 2011

in Magdeburg zum kirchlichen Arbeitsrecht. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?“

Vom Bischof Ulrich erhielten wir einen sehr ausführlichen Antwortbrief. In diesem heißt es: „Die arbeitsvertraglichen Regelungen in der Diakonie sind, wie Sie sicher auch wissen, in der Nordkirche im Bereich der Diakonie vielfältig ausgeprägt. Wir haben allein in der bisherigen Nordelbischen Kirche sowohl Arbeitsverträge des sogenannten „dritten Weges“ mit der Arbeitsrechtlichen Kommission der EKD, Verträge nach TVöD, KTD und KAT, um nur einige zu nennen. Unsere Begründung ist, dass wir diese arbeitsvertraglichen Regelungen für wesensgleich mit dem kirchlichen Arbeitsrecht ansehen. So sind also schon bisher mehr als nur eine arbeitsrechtliche Grundlage für diakonische Einrichtungen vorhanden, die den speziellen Gegebenheiten Rechnung tragen, die für die Träger der Einrichtung wirtschaftlich entscheidend sind.“

Dies war der Hintergrund, um in der Synode das Dilemma anzusprechen, dass wir für eine Vielfalt arbeitsrechtlicher Gestaltungen offen sein und bleiben müssen, auch um angesichts der Konkurrenz von privaten Anbietern konkurrenzfähig zu bleiben. Umso deutlicher ist dies dann auch auszusprechen, wie auf der Synode geschehen, die Grenzen zu benennen, die die Kirche als Arbeitgeber durch die ihr eigenen Gesetze, aber mehr noch aufgrund der eigenen Ethik zu ziehen hat. Gerade anders als die Überschrift suggeriert, habe ich nicht dem „Outsourcing“ im Sinne einer Tariffucht und „Dumpinglöhnen“ das Wort geredet, sondern kleine Ausgründungen von Servicebereichen im Rahmen des kirchlichen Arbeitsrechts als möglich angesehen.

Inzwischen hat sich auch die Kirchenleitung der ehemaligen NEK noch einmal grundsätzlich mit den arbeitsvertraglichen Regelungen beschäftigt. Dieses Thema wird uns in den kommenden Monaten begleiten. Unsere Aufgabe wird sein, als Kirche und Diakonie nicht nur im Gespräch mit den Gewerkschaften einerseits unsere Dienstgemeinschaft zu erläutern, die dem Arbeitsrecht der Kirche zu Grunde liegt, andererseits aber auch die Kommunen und Verwaltungen im öffentlichen Sektor auf die Bedeutung eines fairen Wettbewerbs und ein der Qualität entsprechendes Leistungsentgelt hinzuweisen. Insoweit war auch ihr Brief ein Beitrag in dieser Diskussion.“

Fazit: In der Nordkirche hat man seit den Magdeburger Synodenbeschlüssen nichts dazu gelernt. Es wird sich nichts Wesentliches ändern. Man weiß nur, die unbefriedigende Situation wortreicher zu begründen.

Klaus-Rainer Martin

Soziale Kälte in der Diakonie

In den Kliniken und Pflegeeinrichtungen der Diakonie wird eisern an den Personalkosten gespart - durch Leiharbeiter und ausgelagerte Geschäftsteile. Möglich macht dies auch das Kirchenrecht.

Personalkosten zu drücken, steht auch in den von Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden betriebenen Kliniken und Pflegeeinrichtungen ganz oben auf der Tagesordnung. Vor allem in den Einrichtungen der Diakonie stünden der Anspruch auf eine christlich orientierte Mitarbeiterführung und dem tatsächlichen Umgang mit dem Personal zunehmend im Widerspruch.

Deutschlandweit 435.000 Mitarbeiter

Viele diakonische Sozialunternehmen setzen ihre aus dem Selbstbestimmungsrecht der Kirchen abgeleitete arbeitsrechtliche Sonderstellung offensiv ein. Befragt wurden Mitarbeitervertretungen in 300 Betrieben, die rund 16.000 Arbeitnehmer beschäftigen. Insgesamt gibt es rund 27.000 selbstständige diakonische Einrichtungen in Deutschland mit 435.000 Mitarbeitern. Die kirchentypische Arbeitsorganisation, aufgrund des Tendenzschutzes zum Beispiel ohne Streikrecht, werde von den Unternehmen der Diakonie aktiv für ihre Geschäfts- und Wettbewerbsstrategie genutzt. Um im organisierten Wettbewerb der Sozialwirtschaft bestehen zu können, wendeten alle Anbieter flächendeckend identische Strategien an, sagte Studienautor Professor Norbert Wohlfahrt von der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe bei der Vorstellung der Studie. Dazu zähle in erster Linie der Wettbewerb über die Personalkosten.

Auch Kirchen drücken Personalkosten

Um die Arbeit billiger zu machen, setzen die Unternehmen der Diakonie auf die Auslagerung von Betriebsteilen in Servicegesellschaften. Welchen Umfang diese Praxis genau hat, kann auch die nun vorgelegte Untersuchung nicht wirklich benennen. Die Autoren gehen aber davon aus, dass auf 10.000 reguläre Beschäftigte mindestens 800 in Servicegesellschaften kommen. Oft seien die Ausgründungen hundertprozentige Töchter diakonischer Einrichtungen. Selbst die Geschäftsführung werde häufig in Personalunion ausgeübt. Bezahlt werde aber schlechter. Vor allem in der Pflege setzten Unternehmen der Diakonie nach wie vor auf Leiharbeitskräfte, die in vielen Fällen reguläre Arbeitsstellen ausfüllten, Diakonie-Unternehmen betrieben eigene Leiharbeitsfirmen. Die dort Beschäftigten würden schlechter bezahlt. Allerdings sei diese Praxis auf dem Rückzug, seit der Staat die Leiharbeit reguliert und damit weniger attraktiv gemacht habe. Die Untersuchung "Leiharbeit und Ausgliederung in diakonischen Sozialunternehmen" stützt sich auf Befragungen von rund 300 Mitarbeitervertretungen und 40 Expertengespräche. Die geplante Befragung der Geschäftsführer diakonischer Unternehmen sei an der geringen Beteiligung gescheitert.

Diakonisches Werk schweigt

Das Diakonische Werk bezog am Mittwoch keine Stellung zu der Untersuchung. Man selbst, die Diakonie Westfalen-Lippe und der Verband diakonischer Dienstgeber, bereiten eigene Veröffentlichungen zum Thema Leiharbeit und Ausgründungen vor, sagte ein Sprecher der "Ärzte Zeitung".

aus: *Ärzte Zeitung vom 11.07.2012*

Anmerkung:

Die Studie wurde von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegeben. Die vollständige Studie kann im Internet unter der Adresse http://www.boeckler.de/pdf/pm_fof_2012_07_11.pdf heruntergeladen werden.

Diakonie und DEVAP neu im Bündnis für gute Pflege

Diakonie Bundesverband und Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) sind jetzt Mitglied

Der Diakonie-Bundesverband und der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) sind der Initiative "Bündnis für gute Pflege" beigetreten. "Wir freuen uns über die Aufnahme im Bündnis und werden aktiv mitwirken", betont Maria Loheide, sozialpolitischer Vorstand des Diakonie-Bundesverbandes. "Das Bündnis bietet den pflegebedürftigen Menschen und den Pflegenden eine starke Lobby. Gemeinsam mit den anderen Verbänden setzen wir uns dafür ein, dass sich die Lebensbedingungen der pflegebedürftigen Menschen verbessern. Politik und Gesellschaft sollten auch die Situation der Pflegenden besser wahrnehmen." Dies sei umso bedeutender, da die Reform der Pflegeversicherung nicht die Lösungen und Ergebnisse gebracht habe, die die Diakonie erwartet hat, so Loheide.

"Der Schulterschluss der gemeinnützigen Akteure ist ein starkes Zeichen, das die Pflege jetzt braucht. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Rahmen- und Arbeitsbedingungen in der Pflege weiterzuentwickeln", betont Renate Gamp, Vorsitzende des DEVAP.

"Pflegebedürftige Menschen brauchen eine qualitativ hochwertige Pflege und maßgeschneiderte Leistungen, die ihren individuellen Bedürfnissen entsprechen."

Zusammen mit den Partnern des Bündnisses fordern Diakonie und DEVAP zudem bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Pflege, eine solidarische und paritätische Finanzierung sowie mehr Unterstützung und Anerkennung für pflegende Angehörige.

Im "Bündnis für gute Pflege" haben sich derzeit rund 20 gemeinnützige Organisationen zusammengeschlossen. Gemeinsam fordern die Bündnispartner "Perspektiven für eine bessere Pflege" in Deutschland. Mit der Diakonie und dem DEVAP sind auch die Caritas und das Deutsche Rote Kreuz dem Bündnis beigetreten.

aus: *Pressestelle Diakonie vom 13.07.2012*

Für unsere Themen „ungerechte Arbeitsverhältnisse in Kirche, Diakonie und Sozialarbeit“ und andere Probleme am Arbeitsplatz suchen wir Praxiserfahrungen aus Diakonie und Sozialarbeit und u.a. Antworten auf folgende Fragen: Wie („sozial“/„christlich“) sehen Arbeitsplätze bei Euch aus? Was hat sich im Laufe Eures Arbeitslebens verändert? Braucht Ihr Unterstützung? Vertraulichkeit wird zugesichert.

Erfahrungen bitte an mathias.mees@web.de

Gott heilt, die zerbrochenen Herzens sind, und verbindet ihre Wunden.

(Monatsspruch August 2012 aus Psalm 147,3)

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS) trifft sich am **24.09.2012** und am **15.10.2012** jeweils von **18.00 – 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim „Weinberg“)**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen. Über Anregungen und über Kritik für das Info-Blatt und die Arbeit unseres Konvents würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg